

Antrag 108/II/2021**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Lieber VBB statt Paigo.de**

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und im
 2 Abgeordnetenhaus sind aufgefordert auf die Umsetzung
 3 der folgenden Punkte hinzuwirken:
- 4 1. Der VBB richtet ein Verfahren ein durch das fest-
 5 gestellt wird, ob ein*e Kund*in nach Feststellung
 6 einer „fahrscheinslosen“ Benutzung des ÖPNV, ei-
 7 ne Fahrtberechtigung hat. Das bedeutet eine auto-
 8 matisierte Prüfung ob zwischen Kund*in und VBB
 9 ein Vertrag besteht. Erst wenn die Feststellung ne-
 10 gativ ausgeht, erhalten Kunden eine Zahlungsauf-
 11 forderung. Dies betrifft insbesondere Abonent*in-
 12 nen einer Zeitkarte („Fahrcard“), eines Schüler*in-
 13 nentickets, eines Studierendenausweises oder eines
 14 Azubi-Tickets. Im Zweifel sind die datenschutzrecht-
 15 lich gebotenen Voraussetzungen in der allgemeinen
 16 Beförderungsbedingung des VBB zu schaffen.
 - 17 2. Dem VBB zu untersagen mit privaten Inkassounter-
 18 nehmen, wie Paigo.de zusammenzuarbeiten, also
 19 das Eintreiben des erhöhten Beförderungsentgelts
 20 zu privatisieren. In dem Zuge sind Inkassogebühren
 21 auf das notwendige Minimum zu reduzieren und
 22 transparent in der allgemeinen Beförderungsbedin-
 23 gung zu regeln.
 - 24 3. Einen Verhaltenskodex für Kontrolleur*innen zu er-
 25 arbeiten und durchzusetzen und das Outsourcing
 26 der Fahrscheinkontrollen zu beenden.
 - 27 4. Wir halten an unserer Beschlusslage fest. Wir Jusos
 28 fordern einen fahrscheinlosen, barrierefreien und
 29 beitragsfinanzierten ÖPNV.
 30

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und im
 Abgeordnetenhaus sind aufgefordert auf die Umsetzung
 der folgenden Punkte hinzuwirken:

1. Dem VBB zu untersagen mit privaten Inkassounter-
 nehmen, wie Paigo.de zusammenzuarbeiten, also
 das Eintreiben des erhöhten Beförderungsentgelts
 zu privatisieren. In dem Zuge sind Inkassogebühren
 auf das notwendige Minimum zu reduzieren und
 transparent in der allgemeinen Beförderungsbedin-
 gung zu regeln.
2. Einen Verhaltenskodex für Kontrolleur*innen zu er-
 arbeiten und durchzusetzen und das Outsourcing
 der Fahrscheinkontrollen zu beenden.